

Bundestagswahl 2025: Rente und Altersvorsorge - auch aus Sicht der Vermittler

Finanzbildung als Schlüssel zur Eigenverantwortung

Finanzielle Bildung ist die Grundlage für eine eigenverantwortliche Altersvorsorge und unverzichtbar für eine marktwirtschaftliche Ausgestaltung des Rentensystems. Leider wird dieses Thema in den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2025 nicht aufgegriffen.

Lediglich bei der FDP findet sich in einem dem Wahlprogramm nachgeschobenen Beschluss mit dem Titel „10 Punkte für eine Aktien-Offensive in der Altersvorsorge“ die klare Aussage, dass sie mit einer nationalen Finanzbildungsstrategie die finanzielle Bildung in der Breite der Gesellschaft verbessern will, zum Beispiel durch ein bundesweites Pflichtfach an allgemeinbildenden Schulen.

Gerade unabhängige Versicherungs- und Finanzanlagenvermittler könnten durch mehr Finanzbildung einen entscheidenden Beitrag zur Stärkung der Eigenverantwortung leisten. Im Fokus der Parteien stehen jedoch häufig staatlich gesteuerte Modelle, die die dritte Säule der Altersvorsorge schwächen könnten. Die folgende Analyse der Altersvorsorgepläne der Parteien - jeweils zu den 3. Säulen der Altersvorsorge - erfolgt aus einer marktwirtschaftlichen Perspektive. Sie zeigt auch auf, welche Auswirkungen die Pläne auf die Vermittlerschaft haben könnten. Mündliche Wahlaussagen (wie z.B. der Vorschlag von Robert Habeck zur Sozialabgabe auf Kapitalerträge) sind nicht Bestandteil dieser Analyse. Eine weitergehende Bewertung der Wahlprogramme bzw. der Parteiprogramme im Allgemeinen ist damit nicht verbunden.

1. Säule: Gesetzliche Rentenversicherung (GRV)

Die gesetzliche Rentenversicherung ist nach wie vor das zentrale Element der Alterssicherung in Deutschland, steht aber aufgrund des demografischen Wandels vor massiven finanziellen Herausforderungen. Die Wahlprogramme der Parteien zur Bundestagswahl 2025 zeigen unterschiedliche Ansätze zur Bewältigung dieser Probleme, bleiben aber weit hinter den tatsächlichen Erfordernissen zurück. Noch-Bundeskanzler Scholz startete den Wahlkampf mit einer glatten Lüge, die es sogar ins SPD-Wahlprogramm geschafft hat: "Wir lehnen die Rentenkürzungspläne von Union und FDP ab." Dass weder Union noch FDP auch nur ansatzweise von Rentenkürzungen gesprochen haben, scheint dabei keine Rolle zu spielen. Aber offensichtlich scheint es vor allem die Union mit Rücksicht auf die vielen älteren Wählerinnen und Wähler dazu bewogen zu haben, jedenfalls in ihrem Wahlprogramm so gut wie keinen - notwendigen - Reformwillen erkennen zu lassen. Es soll eben kein Rentenwahlkampf werden.

CDU/CSU: Status quo erhalten und Anreize für längeres Arbeiten setzen

Die Union setzt daher auf Stabilität in der gesetzlichen Rentenversicherung und will Haltelinien wie das Rentenniveau von 48 Prozent und die Beitragsbemessungsgrenze langfristig sichern. Gleichzeitig sollen Anreize für längeres Arbeiten geschaffen werden. Flexiblere Regelungen beim Renteneintrittsalter sind angedacht, um Älteren mehr Anreize zu geben, auch nach dem regulären Renteneintrittsalter weiterzuarbeiten.

Diese Vorschläge bieten Kontinuität, gehen aber die strukturellen Herausforderungen der gesetzlichen Rentenversicherung nicht grundlegend an. Dass bereits heute jährlich weit über 100 Milliarden Euro an Steuermitteln in die Rentenkasse fließen und dieser Betrag deutlich steigen wird, bleibt unerwähnt.

Es soll eine verbindliche Altersvorsorge für Selbständige eingeführt werden, die nicht anderweitig ausreichend abgesichert sind. Also Gesetzliche Rentenversicherung mit Opt Out. Das war schon von der Ampelregierung geplant, wurde aber nicht umgesetzt.

SPD: Alles beim Alten und Bürgerversicherung

Die SPD will die gesetzliche Rentenversicherung durch die Einführung einer Bürgerversicherung stärken. Es sollen "mehr und langfristig alle Erwerbstätigen" in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen werden. In einem ersten Schritt sollen auch Selbständige einbezogen werden. Außerdem will die Partei das Rentenniveau dauerhaft bei 48 Prozent stabilisieren. Die Haltelinien beim Renteneintrittsalter sollen beibehalten werden. Das Weiterarbeiten im Rentenalter soll gefördert werden.

Die Bürgerversicherung ist ein radikaler Eingriff in das bestehende System und würde die staatliche Kontrolle stärken. Alle berufsständischen Versorgungswerke und die Beamtenversorgung müssten bei einer Umsetzung dieser Idee in der Rentenversicherung aufgehen. Dies erscheint nicht realisierbar, da eine solche Einbeziehung aller Erwerbstätigen tiefgreifende strukturelle Anpassungen insbesondere bei den berufsständischen Versorgungswerken und der Beamtenversorgung erfordern würde, die derzeit auf getrennten Finanzierungsmodellen beruhen.

FDP: Aktienbasierte Rente und flexible Modelle

Die FDP setzt auf eine Teilkapitaldeckung durch die Einführung einer Aktienrente. Ein Teil der Rentenbeiträge soll in einen unabhängig verwalteten Fonds fließen, der langfristig am Kapitalmarkt angelegt wird. Zusätzlich soll es eine "echte individuelle Aktienrente" mit individuellen Ansprüchen geben. Offen bleibt, ob das als Obligatorium, ggf. mit Opt-Out-Möglichkeit, ausgestaltet werden soll. Gleichzeitig sollen flexible Renteneintrittsmodelle gefördert werden, so dass ein späterer Renteneintritt zu höheren Auszahlungen führt. Jeder soll selbst entscheiden. "Je später man in Rente geht, desto höher die Rente – wer früher geht, bekommt eine niedrigere Rente" – mit sozialer Abfederung.

Die Aktienrente der FDP ist ein zukunftsweisender Ansatz, der jedoch stark von der konkreten Umsetzung abhängt. Vermittler könnten eventuell von der Beratung zur individuellen Aktienrente als Ergänzung profitieren.

Grüne: Ergänzung durch Bürgerfonds

Ähnlich wie CDU/CSU und SPD wollen auch die Grünen die Haltelinien beibehalten und Anreize schaffen, über den offiziellen Rentenbeginn hinaus zu arbeiten. Selbstständige, die nicht anderweitig abgesichert sind, Abgeordnete und Beamte sollen in die gesetzliche Rente einzahlen.

Wie in der Ampel-Koalition (im Rahmen des Rentenpakets 2) schon fast beschlossen, soll neben der Umlagefinanzierung eine Aktienrente eingeführt werden. Gemeint ist eine ergänzende kredit- und (bundes-)eigenmittelfinanzierte Kapitaldeckung über einen "öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds". Die Finanzierung soll unter Berücksichtigung sozialer und nachhaltiger Kriterien erfolgen und sich am 1,5-Grad-Ziel des Pariser Klimaabkommens orientieren. Kleine und mittlere Renten sollen gestärkt werden. Wie das konkret umgesetzt werden soll, bleibt unklar.

Wie bei der FDP finden wir aber die Möglichkeit, auch individuelle Ansprüche in dem Fonds anzusparen. Hier vermischt sich dann Säule 1 mit Säule 3. Denn alternativ sollen auch private Angebote wie ETF-Sparpläne genutzt werden können. Das Ganze mit einer Widerspruchsmöglichkeit, also Opt-Out. Damit wären wir bei einem Obligatorium in der privaten, geförderten Altersvorsorge.

Ansonsten finden wir auch bei den Grünen ein klares Bekenntnis zur bestehenden und von Fachleuten stark kritisierten Rente mit 63. Die Grundrente soll zu einer Garantierente nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickelt werden - mit Hilfe des "Bürger*innenfonds".

Die Grünen setzen auf eine doppelte Absicherung durch Umlageverfahren und Kapitaldeckung. Vermittler könnten hier von der Beratung zu nachhaltigen Anlagemöglichkeiten profitieren, die Umsetzung bleibt jedoch komplex und unklar.

AfD: Mehr Rente, flexibles Renteneintrittsalter und Entlastung der GRV

Die AfD will eine deutliche Anhebung des Rentenniveaus, langfristig auf bis zu 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens, und ein flexibles Renteneintrittsalter einführen, das einen abschlagsfreien Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren ermöglicht. Nicht beitragsgedeckte Leistungen sollen künftig aus dem Bundeshaushalt finanziert werden, um die Rentenkasse zu entlasten. Außerdem sollen die Rentenbeiträge angehoben und durch Steuersenkungen ausgeglichen werden.

Die Zahl der Beitragszahler soll durch weniger Verbeamtungen und "Einbeziehung der Politiker" erhöht werden. Es soll keine Anrechnung von Zuverdienst auf die Hinterbliebenenrente geben und eine "Honorierung der Elternschaft in der Rente".

Die Vorschläge der AfD setzen auf Flexibilität und Beitragsgerechtigkeit. Allerdings bleiben auch hier viele Fragen zur konkreten Umsetzung und vor allem zur Finanzierung offen.

DIE LINKE: Solidarische Erwerbstätigenversicherung und Mindestrente

Die Linke plant eine "Solidarische Erwerbstätigenversicherung". In sie sollen alle mit Erwerbseinkommen einzahlen, also auch Beamte, Selbständige und Freiberufler – im Prinzip identisch mit der Bürgerrente der SPD. Die Beitragsbemessungsgrenze wird verdoppelt. Das Rentenniveau soll auf 53 Prozent steigen. Die Regelaltersrente beginnt mit 65 Jahren.

Wer 40 Jahre beitragspflichtig gearbeitet hat, soll bereits mit 60 Jahren abschlagsfrei in Rente gehen können. Eine solidarische Mindestrente in Höhe der Armutsgrenze von derzeit 1.400 Euro plus Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und ggf. Wohngeld soll eingeführt werden. Der Aktienrente wird eine klare Absage erteilt.

Diese Vorschläge stellen eine massive Umverteilung dar und würden die Beitragszahler stark belasten. Vermittler müssten sich auf eine deutliche Einschränkung der privaten Vorsorge einstellen.

BSW: Orientierung an österreichischem Modell

Das Bündnis Sahra Wagenknecht setzt auf ein Modell ähnlich dem österreichischen Rentensystem, bei dem auch hohe Einkommen in die Rentenversicherung einbezogen werden. Zudem sollen Renten bis 2.000 Euro steuerfrei gestellt werden. Ideen zur Gegenfinanzierungsideen finden sich nicht – wie ja auch bei den anderen Parteien.

Das BSW-Modell betont die soziale Gerechtigkeit und würde Beitragszahler mit höheren Einkommen stärker belasten. Für Vermittler bietet dieses Konzept keinen Spielraum. Es würde zu weniger privater Altersvorsorge führen.

2. Säule: Betriebliche Altersvorsorge (bAV)

In den Wahlprogrammen der Parteien zur Bundestagswahl 2025 finden sich - wenn überhaupt - sehr unterschiedliche Ansätze zur Förderung bzw. Neugestaltung der bAV:

CDU/CSU: Steuerliche Förderung und Flexibilität

Die Union setzt auf die bewährten Prinzipien der bAV und will deren Attraktivität durch steuerliche Anreize weiter erhöhen. Ziel ist es, insbesondere kleinen und mittleren Unternehmen den Zugang zu bAV-Modellen zu erleichtern. Gleichzeitig sollen die Arbeitgeber bei der Verwaltung der bAV entlastet werden.

Damit würde das bestehende System erhalten, aber durch gezielte Erleichterungen gestärkt. Vermittler würden davon profitieren, da sie Unternehmen bei der Einrichtung und Verwaltung von bAV-Modellen noch stärker unterstützen könnten.

SPD: Tarifbindung in der bAV stärken

Die SPD plant, die betriebliche Altersversorgung stärker in Tarifverträge zu integrieren. Dadurch sollen Arbeitnehmer eine verbindliche Zusage auf Betriebsrenten erhalten. Zudem fordert die SPD eine stärkere finanzielle Beteiligung der Arbeitgeber an der bAV. Angebote ohne Beitragsgarantie, aber mit höheren Renditeerwartungen sollen stärker "verbreitet" werden. Dazu soll insbesondere die steuerliche Förderung der Betriebsrente für Geringverdiener ausgebaut werden.

Die Pläne der SPD würden zwar die Planbarkeit für Arbeitnehmer erhöhen, könnten aber die Flexibilität für Unternehmen einschränken. Vermittler müssten sich darauf einstellen, stärker mit tariflichen Vorgaben zu arbeiten, sofern sie überhaupt noch einbezogen werden.

FDP: Stärkere Kapitalmarktorientierung

Zitat: "Auch in der betrieblichen Altersvorsorge müssen höhere Aktienanteile ermöglicht werden. Wir wollen die reine Beitragszusage allen Betrieben ermöglichen, vor allem Kleinstbetrieben, die bisher vor Haftungsrisiken zurückschrecken. Wir werden die offene Frage zur Garantierfordernis und Haftung in der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) klarstellen." Damit setzt die FDP auf eine stärkere Kapitalmarktorientierung in der bAV. Das steigert natürlich die Attraktivität der bAV, insbesondere für jüngere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die von höheren Renditen profitieren könnten. Vermittler haben hier die Chance, ihre Expertise im Bereich kapitalmarktorientierter Anlageprodukte einzubringen.

Grüne: Bürger*innenfonds als bAV-Lösung

Auch die Grünen wollen die bAV mit dem bereits aus der ersten Säule bekannten staatlich verwalteten "Bürger*innenfonds" verknüpfen. Ziel ist es, insbesondere Beschäftigte in kleinen und mittleren Unternehmen in die bAV einzubeziehen.

Der „Bürger*innenfonds“ böte damit eine vereinfachte Lösung für die Beschäftigten, könnte aber die Rolle der Vermittler stark einschränken, da die individuellen Gestaltungsmöglichkeiten der bAV reduziert würden. Auch bliebe abzuwarten, was Arbeitgeber und Gewerkschaften dazu sagen, denn sie müssten den Vorschlag umsetzen, der auch ein erheblicher Eingriff in die Sozialpartnerschaft wäre.

AfD: Keine konkreten Vorschläge

Die Chancen des Kapitalmarktes sollen durch eine systematische steuerliche Förderung genutzt werden. Die „hochbürokratischen und komplexen bisherigen Modelle“ sollen abgelöst und von erfolgreichen Modellen anderer Länder gelernt werden. Die Auswirkungen auf die Vermittler sind nicht abschätzbar, denn dafür ist dieser Ansatz zu unkonkret.

DIE LINKE: Arbeitgeberpflicht und höhere Beiträge

Mindestens 50 Prozent der Beiträge sollen von den Arbeitgebern finanziert werden. Die Vorschläge der Linken könnten vor allem kleine und mittlere Unternehmen stark belasten. Vermittler müssten ihre Modelle an die neuen Anforderungen anpassen, hätten aber weniger Spielraum für individuelle Lösungen.

BSW: Keine klaren Aussagen zur bAV

Nichts zu finden. Außer der Forderung nach Abschaffung jeglicher Förderung privater Vorsorgemodelle, was auch immer darunter zu verstehen ist. Es wird nicht klar, ob von dieser Abschaffungsforderung auch die 2. Säule betroffen ist. Die Aussage im Wahlprogramm zielt höchstwahrscheinlich in erster Linie auf die staatlich geförderten Modelle der privaten Altersvorsorge wie Riester- und Rürup-Rente. Theoretisch wäre es jedoch möglich, dass eine pauschale Kritik an allen zusätzlichen Vorsorgemodellen (außerhalb der gesetzlichen Rentenversicherung) auch die bAV tangiert. Das ist nicht auszuschließen, insbesondere dann, wenn auch sie als ungerecht für Geringverdiener empfunden wird.

3. Dritte Säule: Private Altersvorsorge

Die dritte Säule der Altersvorsorge umfasst alle Formen der privaten, eigenverantwortlichen Vorsorge, die steuerlich begünstigt oder staatlich gefördert werden. Sie bietet den größten Spielraum für individuelle Gestaltung und Flexibilität. Die Wahlprogramme zur Bundestagswahl 2025 spiegeln hier sehr unterschiedliche Ansätze wider:

CDU/CSU: Förderung der Eigenverantwortung durch Eigentum und staatliche Förderung

Die CDU/CSU betont die Bedeutung der privaten Altersvorsorge als Ergänzung zur gesetzlichen Rentenversicherung. Insbesondere die Förderung des Wohneigentums wird als wichtiger Baustein der Altersvorsorge hervorgehoben. Darüber hinaus plant die Union, bestehende steuerliche Förderungen wie die Riester-Rente beizubehalten und zu optimieren.

Ein zentraler Vorschlag ist die Einführung der Frühstart-Rente. Zitat: „Junge Menschen sollen möglichst früh selbst kapitalgedeckt vorsorgen.“ Für Kinder und Jugendliche zwischen 6 und 18 Jahren soll der Staat monatlich 10 Euro "in ein individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot einzahlen". Der in dieser Zeit angesparte Betrag kann ab dem 18. Lebensjahr bis zum Renteneintritt durch private Einzahlungen weiter angespart werden. Erst dann entfalte die Frühstart-Rente ihre volle Wirkung durch eine renditeorientierte, kapitalgedeckte Anlage ohne Garantien. Die Erträge aus dem Depot sollen bis zum Renteneintritt steuerfrei sein. Das angesparte Kapital soll vor dem Zugriff des Staates geschützt sein und wird erst bei Erreichen der Regelaltersgrenze ausgezahlt.

Das ist einerseits recht konkret (10 Euro monatlich), andererseits bleiben viele Fragen offen. Darf vor dem 18. Geburtstag auch privat eingezahlt werden? Womit darf im Depot gespart werden? ETFs, Sachwerte, Aktien, Kryptowährungen? Was passiert bei Verlusten? Wer berät bei der Wahl der Anlageprodukte? Kann mit Rentenalter der komplette Betrag entnommen werden? Grundsätzlich kann diese Idee als Grundstein für ein Altersvorsorgedepot angesehen werden und wäre zu begrüßen.

Die CDU/CSU will das Bewusstsein für Eigenverantwortung und kapitalmarktorientierte Altersvorsorge stärken. Vermittler könnten insbesondere von der Beratung zu neuen Förderprodukten wie der Frühstart-Rente profitieren.

FDP: Es ist wieder da - das "Altersvorsorge-Depot"

Hier haben wir den oben bereits erwähnten Sonderfall: Zum einen das Wahlprogramm und zum anderen den Beschluss des Bundesvorstands der FDP vom 13. Januar 2025 "10 Punkte für eine Aktienoffensive in der Altersvorsorge". Beide werden im Folgenden als Einheit betrachtet. Zunächst begegnen wir wieder dem Altersvorsorge-Depot, das wir aus dem Altersvorsorge-Reformgesetz kennen. Auch hier am besten das konkrete Zitat aus dem Programmentwurf: "Dieses Depot soll steuerlich gefördert sein und den langfristigen Vermögensaufbau für die Altersvorsorge ermöglichen, auch für alle, die selbständig sind. Die Kapitalanlage in Fonds und Wertpapiere und Umschichtungen innerhalb des Altersvorsorgedepots sind steuerfrei, solange die Erträge reinvestiert werden." Also: Einbeziehung von Selbständigen, Umschichtung möglich, solange die Erträge reinvestiert werden, Anlage in Fonds und Wertpapieren, steuerfrei, Steuerbelastung erst bei Entnahme im Alter.

Ein weiteres Ziel der FDP ist die Förderung der Aktienkultur. Dazu schlägt die Partei die Einführung eines steuerfreien „Fördervermögens“ vor, mit dem nicht genutzte Sparerfreibeträge in Folgejahre übertragen werden können. Außerdem sollen Krypto-ETFs als Anlagemöglichkeit zugelassen werden, um die Diversifikation der privaten Altersvorsorge zu erhöhen.

Die Vorschläge der FDP stellen eine innovative Ergänzung dar, die mehr Flexibilität und Renditechancen bietet. Vermittler könnten ihre Rolle als Experten für kapitalmarktorientierte Produkte weiter ausbauen.

Grüne: Bürgerfonds mit Opt-out-Möglichkeit

Mehr Menschen sollen von privater Altersvorsorge profitieren. Auch hier kommt der Bürger*innenfonds ins Spiel, „der die Vorteile des Kapitalmarktes kostengünstig erschließt“, mit einer Opt-out-Lösung, die nicht näher definiert wird. Für uns heißt das aber: Obligatorium (was man abwählen kann). Alle Arbeitnehmer sollen automatisch in den Fonds einzahlen, können sich aber aktiv dagegen entscheiden (Opt-out). Die staatliche Förderung soll sich auf niedrige und mittlere Einkommen (ohne nähere Definition) konzentrieren. Der Fonds wird - wie bereits erwähnt - neben sozialen Kriterien auch nach Nachhaltigkeitskriterien verwaltet.

Grundsätzlich gilt für diesen Fonds über alle 3 Säulen, dass es sich um einen Vorschlag handelt, der sich bereits in der Ampelkoalition nicht durchsetzen konnte und gegen den sich auch eine überwiegende Mehrheit in der Fokusgruppe Altersvorsorge ausgesprochen hatte. Dass die Idee nun erneut zur Diskussion gestellt wird, wirft alte Fragen nach ihrer Umsetzbarkeit und Akzeptanz auf.

SPD: Keine klaren Neuerungen

Die SPD hat in ihrem Programm keine konkreten Reformvorschläge zur privaten Altersvorsorge. Förderprodukte wie die Riester-Rente oder zumindest deren Reform werden nicht explizit erwähnt. Es bleibt bei der Formulierung: "Staatliche Förderung für private Altersvorsorge wollen wir nur für solche neuen Altersvorsorgeprodukte zulassen, deren Kosten transparent und gedeckelt sind". Das heißt für uns: Bestehende Produkte (Riester, Rürup) bleiben unreformiert, jedenfalls ist eine Reform nicht erwähnt. Neue Produkte (welche?) gibt es nur mit Kostentransparenz und Provisionsdeckel. Ergänzend noch die Aussagen im Programm, dass die staatliche Förderung differenziert auszugestalten und auf kleine und mittlere Einkommen zu konzentrieren wäre, die sich sonst keine oder nur eine geringe private Altersvorsorge leisten könnten.

Ohne klare Reformpläne bleibt die private Vorsorge bei der SPD unterbelichtet. Vermittler können weiterhin bestehende Produkte anbieten, sehen aber keine neuen Impulse. Wenn neue Produkte kommen, dann mit Provisionsdeckel und sind damit voraussichtlich – siehe das völlig gefloppte europäische Pensionsprodukt PEPP - zum Scheitern verurteilt. Die Förderung für nicht förderfähige Einkommensbezieher hatte die Fokusgruppe Altersvorsorge eigentlich im Konsens abgelehnt. Irritierend, was die SPD hier vorschlägt.

AfD: Steuerliche Förderung und Junior-Spardepot

Die AfD fordert eine erweiterte steuerliche Absetzbarkeit von Beiträgen zur privaten Altersvorsorge. Auch hier die Ansage: Die Chance des Kapitalmarktes für die Altersvorsorge sollen bspw. "mit Aktien, ETFs und herkömmlichen Fonds endlich systematisch steuerlich" gefördert werden. Es findet sich Idee eines „Junior-Spardepots“ für jedes neugeborene Kind „mit deutscher Staatsbürgerschaft und dauerhaftem Aufenthalt in Deutschland“. Monatlich sollen 100 Euro aus Steuermitteln in einen ETF- oder Aktienfonds-Sparplan fließen. Private Fortführung ab dem 18. Lebensjahr, Auszahlung ab dem 65. Lebensjahr über einen Auszahlplan. Das ähnelt der Frühstart-Rente der Union. Auch hier sind viele Details noch offen. Die Chance für die Vermittlerschaft, hier als professioneller Ansprechpartner zu fungieren, ist gegeben.

DIE LINKE: Private Altersvorsorge abschaffen

Die Linke will die geförderte private Altersvorsorge weitgehend abschaffen und bestehende Produkte wie Riester- und Rürup-Rente in die gesetzliche Rentenversicherung überführen. Gleichzeitig fordert sie ein Provisionsverbot bei der Beratung zu Finanz- und Versicherungsprodukten.

Diese Vorschläge würden die Rolle der privaten Vorsorge und der unabhängigen Vermittler massiv einschränken. Vermittler müssten sich auf eine radikale Einschränkung ihres Tätigkeitsfeldes einstellen.

BSW: Keine konkreten Vorschläge

Der BSW spricht sich gegen die Förderung privater Vorsorgeprodukte aus, macht aber keine konkreten Vorschläge für Alternativen. Im Vordergrund steht die Stärkung der gesetzlichen Rente. Konkrete Maßnahmen oder innovative Ansätze werden nicht vorgeschlagen.

Fazit

Die Ansätze der Parteien variieren extrem, soweit sie sich überhaupt zu den 3 Säulen äußern. Aus der Perspektive der unabhängigen Vermittlung und der Stärkung der Eigenverantwortung lässt sich zusammenfassen:

1. Säule: CDU/CSU und FDP setzen auf eine Weiterentwicklung und Flexibilisierung mit Augenmaß, während SPD, Grüne, BSW und Linke stärker auf staatliche Steuerung und Umverteilung setzen. Die AfD steht dazwischen mit erheblichen Leistungssteigerungen aber auch Flexibilisierung. Der eigentlich notwendige große Wurf ist von keiner Partei geschweige denn von einer der aktuell realistischen Koalitionen zu erwarten.
2. Säule: Die FDP favorisiert eine kapitalmarktorientierte bAV, während CDU/CSU und SPD eher auf Kontinuität und Tarifbindung setzen. AfD bleibt sehr unkonkret. Grüne und Linke wollen stärkere Eingriffe, die die Rolle der Vermittler deutlich einschränken könnten.
3. Säule: CDU/CSU bieten mit der Frühstart-Rente, die FDP mit dem Altersvorsorge-Depot und AfD mit dem Junior-Spardepot innovative Konzepte, die die Eigenverantwortung stärken. Die Grünen reduzieren die Bedeutung der privaten Vorsorge zugunsten staatlicher Lösungen, während SPD, BSW und Linke wenig bis keine Fortschritte oder Reformansätze erkennen lassen – im Gegenteil.

Bonus:

Krankenversicherung: Duales System vs. Bürgerversicherung

SPD, Grüne, BSW und Linke fordern eine Bürgerversicherung, die die PKV abschaffen würde. Dies würde den Vermittlermarkt für Krankenversicherungen drastisch einschränken.

CDU/CSU, FDP und AfD setzen sich für den Erhalt des dualen Systems ein, das Wahlfreiheit und Wettbewerb sichert. Damit würde die Rolle der Vermittler gestärkt oder zumindest nicht geschwächt.

Provisionsverbot und Provisionsdeckel

Die Debatte um ein Provisionsverbot oder einen Provisionsdeckel polarisiert, wenn das Thema auch nicht explizit in allen Wahlprogrammen erwähnt ist. Der folgende Überblick geht über den Wortlaut der Wahlprogramme hinaus und bezieht auch sonstige Statements der Parteien mit ein.

CDU/CSU und FDP lehnen hier Verbote ab und setzen auf Qualitätssicherung durch Transparenz und Weiterbildung. Auch die AfD ist für Wahlfreiheit und gegen überflüssige Einschränkungen des Marktes. Während SPD und Grüne grundsätzlich mehr Regulierung fordern, was ein Provisionsverbot oder -deckel weiterhin möglich erscheinen lässt. Sehr klar ist, dass sich die Linke für ein Provisionsverbot ausspricht. Vom BSW sind dazu bisher keine konkreten Positionen bekannt.